

# Die Gesichter haben sich geändert, die Strukturen nicht

## Tagung "Zehn Jahre nach der People's Power Revolution – Menschenrechte auf den Philippinen heute"

Vor zehn Jahren, am 25. Februar 1986, stürzte der langjährige philippinische Diktator Ferdinand Marcos auf spektakuläre Weise: Nach gefälschten Wahlen kam es im sich anbahnenden Massenprotest zum Militärputsch. Eine mehrere hunderttausend umfassende, friedliche Menschenmenge folgte dem Aufruf des katholischen Jaime Kardinal Sin und schützte die Putschisten, während hinter den Kulissen die US-Regierung Marcos zur Aufgabe überredete. Damit war der Weg frei für "Cory" Aquino, in die große Hoffnungen gesetzt wurden.

Wie hat sich die Situation der Bevölkerung in den Philippinen nach dem Sturz der Marcos-Diktatur entwickelt? Wie steht es um die politischen und sozialen Menschenrechte? Gehören Unterdrückung, Repression und Militärwillkür der Vergangenheit an? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Tagung des Philippinenbüros und des EKD-Menschenrechtsreferats Mitte Februar in der Evangelischen Akademie Hofgeismar. 50 Mitglieder von Philippinen-Solidaritätsgruppen und Interessierte zogen ein Wochenende vor dem eigentlichen Jubiläum Bilanz. Sven Hansen hat einige von ihnen befragt.

### Eduardo Sanque,

*Pfarrer der United Church of Christ, Mindoro, Philippinen:*

Wenn wir uns heute den Wechsel von Marcos zu Cory ansehen, so war das nur ein Wechsel im Präsidentenamt. Aquino war sogar noch schlimmer als Marcos bei den Menschenrechtsverletzungen, im Hinblick auf die Umsetzung der Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, und sie war nicht in der Lage, eine vernünftige Landreform durchzusetzen. Unterm Strich von Marcos zu Cory und dann zu Ramos haben sich die Pläne, Programme und Namen der Präsidenten geändert, aber die Situation des Volkes blieb gleich. Kürzlich wurde es angesichts der Probleme mit der Reisversorgung sogar noch schlimmer.

### Dorothea Seeliger,

*Menschenrechtsbeauftragte im Kirchenkreis Koblenz:*

In der Marcos-Zeit war der Terror begründet in dem persönlichen Wunsch der Machterhaltung und maßlosen Bereicherung der Marcos-Familie und ihrer Günstlinge. Nach einer anfänglich friedlicheren und hoffnungsvolleren Zeit unter Aquino änderte sich das Bild rasch, weil jetzt das Hauptthema der nationalen Sicherheit galt und ein blutiger Krieg gegen

den Widerstand im eigenen Land geführt wurde. Die Menschenrechtsverletzungen blieben die gleichen. Sie haben sich vielleicht nur in der Form etwas gewandelt, sie gingen nicht mehr so spektakulär vor sich und man wurde in der Wahl der Mittel etwas vorsichtiger, auch um der Weltöffentlichkeit ein bißchen Sand in die Augen zu streuen. Unter der jetzigen Ramos-Regierung geschehen Menschenrechtsverletzungen immer noch im Rahmen der Aufstandsbekämpfung, aber auch durch die mit allen Mitteln vorangetriebene Industrialisierung: Vertreibungen, eine zunehmende Verarmung derer, die an dieser Entwicklung nicht teilhaben und die letzten Nischen, in denen ein Leben für die indigene Bevölkerung noch möglich war, werden dem industriellen Fortschritt geopfert ... Die Strukturen der Philippinen sehen nach außen hin demokratisch aus. Wenn man aber einmal hinsieht, wer in den Schlüsselpositionen der Macht, der Wirtschaft, Regierung sitzt, so sind es wieder die Mitglieder der Elite-Familien, es sind zunehmend ehemalige Mitglieder des Militärs, so daß sich zwar die Gesichter geändert haben, aber die Strukturen die gleichen geblieben sind.

### Lulu van der Meer Altamirano,

*Mitarbeiterin verschiedener Menschenrechtsorganisationen, Niederlande:*

Wenn wir uns die drei Amtszeiten der PräsidentInnen Marcos, Aquino und Ramos ansehen, kann ich der Bemerkung nicht ganz zustimmen, daß sich nichts geändert hat oder es sogar noch schlimmer geworden ist. Man muß bei solchen Statements immer differenzieren. Qualitativ war der Sprung von Marcos zu Aquino sehr groß, ich denke eine Elite-Demokratie ist qualitativ besser als eine Diktatur. Aus wirtschaftlicher Sicht haben Aquino und Ramos die von Marcos geschaffenen Probleme wie zum Beispiel die Verschuldung geerbt ... Auf der lokalen Ebene versucht die philippinische Bevölkerung mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen den gewonnenen Freiraum auszunutzen, um ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Das Positivste, das ich bei meinem letzten Besuch festgestellt habe, ist die erstarrende "Zivilgesellschaft". Es ist nicht mehr eine "Avantgarde" wie früher: Was ich auf dörflicher und städtischer Ebene gesehen habe sind Organisationen und Menschen, die ernsthaft versuchen, sich selbst zu helfen. Im Rahmen globaler Solidarität verdienen diese Gruppen unsere Unterstützung.

### Malu Padilla,

*KSP – Philippine Solidarity Service Center, Utrecht, Niederlande:*

In der Politik der Arbeitsmigration gibt es kaum einen Unterschied zwischen den Regierungen von Marcos, Aquino und Ramos. Das Hauptziel ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, in dem die Arbeitslosen außer Landes geschickt werden. Sie sollen einen Teil ihres Lohnes nach Hause schicken, was für die Regierung sehr günstig ist.

### Jade Pena,

*Ärztin, Medical Action Group, z.Z. Köln:*

Die Gesundheitseinrichtungen sind für die meisten Leute noch unerschwinglich oder unzugänglich und ein Großteil der Kinder ist noch unter- und mangelernährt. Es hat eine leichte Besserung der Gesundheitsversorgung zu Beginn der Marcos-Zeit gegeben, als – der Landarzt – Juan Flavio Gesundheitsminister war. Er hat ein Impfprogramm initiiert und es wirklich bekannt gemacht, so daß es auch genutzt wurde. Außerdem hatte er einen fortschrittlichen Staatssekretär, der sich auf die ländlichen Regionen konzentrierte. Obwohl das Impfprogramm sehr gut war, war in erster Linie die gleiche Bevölkerungsgruppe Nutznießer, die auch sonst von ähnlichen Programmen profitierte, also nahe der städtischen Zentren mit einer Klinik. In den abgelegenen Gebieten wie in den Bergen und im Hinterland hatten die Leute nichts davon.

### Rainer Werning,

*Geschäftsführer der Stiftung für Kinder u. Autor vieler Philippinen-Bücher, Frechen:*

Zehn Jahre nach Marcos' Sturz durchläuft die Geschichte einen vollen Kreis. Innenpolitisch wird vermutet, daß präsidiale Sonder- und Notstandsmaßnahmen durchgesetzt werden, um den exportorientierten Wirtschaftskurs aufrecht erhalten zu können. Zwar sind die Amerikaner nicht mehr da, aber geblieben ist der allgegenwärtige und dominante Einfluß des Militärs auf die innenpolitischen Belange und die Ausgestaltung der Politik im Lande selbst. Ich glaube die Militärs sind die eigentlichen Profiteure des Machtwechsels von Marcos zu Aquino. Die Militärs waren die eigentlichen Königsmacherinnen und reinigten sich von dem Makel der massiven Menschenrechtsverletzungen durch das makellose Image von Aquino ... Für die Masse der Bevölkerung hat sich nichts grundlegend geändert. Wenn es in den letzten zwei Jahren ein Wirtschaftswachstum gegeben hat, dann ohne jedweden Durchsicker-effekt für die Masse der Bevölkerung. Die Herrschaftsmethoden haben sich aber verfeinert. Das Entscheidende, was zu Marcos Sturz geführt hat, war ja gerade, daß er alles auf sich und sein kleiner werdendes Klientel maßgeschneidert hatte. Letztlich hat er sich innerhalb der herrschenden Eliten und vor allem von den Massen immer mehr isoliert. Unter Aquino wie unter Ramos ist ebenfalls eine Politik der Kooptation, eine Politik der Einbindung verschiedener Elemente in den Regierungsapparat und in verschiedene Instanzen gelungen.

**Frank Braßel,**  
*Food First Information and Action  
Network (FIAN), Herne:*

Das UN-Komitee für wirtschaftliche und soziale Rechte hat im Mai 1995 der philippinischen Regierung ein vernichtendes Urteil für die Sicherung des Rechts auf Nahrung und Wohnen ausgestellt. Man hat festgestellt, daß das Recht auf Nahrung zusammenhängt mit der Landreform. Politische Interessen sprechen dagegen, die Politik zu korrigieren und das Menschenrecht auf Wohnen verletzt wird, wenn Slumsiedlungen einfach zerstört werden, weil ein neues Appartementhaus

oder ein Industriebetrieb dort errichtet werden.

**Jochen Range,**  
*amnesty international Ko-Gruppe  
Philippinen, Jülich:*

Gesetzlich hat sich außerordentlich viel getan. Die Philippinen haben in der Zeit von Aquino und auch noch in den Anfängen von Ramos fast alle Gesetze eingeführt, die man zu einer ordentlichen Durchsetzung der Menschenrechte benötigt. Die Realität aber sagt, daß die Durchsetzung dieser gesetzlichen Maßnahmen viel zu wünschen übrig läßt. Un-

ter Präsidentin Aquino hatten wir große Probleme mit den Menschenrechten, wir haben sie auch noch unter Ramos. Das Schicksal von 1.600 Verschwundenen ist bisher nicht aufgeklärt, die Täter bleiben überwiegend strafflos. Der allergrößte Rückschlag war die Wiedereinführung der Todesstrafe mit zur Zeit mehr als hundert zum Tode Verurteilten.

**Sven Hansen**

*Der Autor ist Politikwissenschaftler und arbeitet als freier Journalist mit Schwerpunkt Südostasien.*

## Bondoc-Nachlese

### Hilfe jenseits von Entwicklung

Am 24. Januar, einen Tag nach der Vorstellung der Studie von Karl Rössel "Operation Bondoc - Deutsche Entwicklungshilfe zur Aufstandsbekämpfung", herausgegebenen von der *Stiftung für Kinder* in Kooperation mit dem *philippinenbüro* (siehe auch S. 59) auf einer Pressekonferenz in Bonn veröffentlichte u.a. die *Frankfurter Rundschau* auf ihrer Titelseite den Beitrag "Entwicklungshelfern Kumpanei mit philippinischer Armee angelastet". Darin wird das *BMZ* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) mit den Worten zitiert, es sei "einfach Unsinn", das südöstlich von Manila betriebene *Bondoc Development Program* (BDP) - immerhin eines der größten deutschen Entwicklungshilfeprojekte in den Philippinen - als einen "Skandal" zu bezeichnen.

Dieser Kommentar des *BMZ* ist nicht nur (erklärungsbe)dürftig; verblüffend ist, daß noch tags zuvor (23.01.), anlässlich der Pressekonferenz, dasselbe Ministerium verlauten ließ, man kenne diese Studie nicht, könne folglich auch nichts über deren Inhalt sagen.

Tatsache ist, daß die fragliche Studie längere Interviews mit den verantwortlichen Philippinen-Länderreferenten des *BMZ* und der *GTZ* (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) enthält, die diese dem Autor im September 1995 gewährt und in denen sie ihm gegenüber zugesagt hatten, unbeantwortet gebliebenen Fragen auf den Grund zu gehen. Bislang ist diese Zusage nicht eingelöst worden.

Aufgrund der genauen Kenntnis des bisherigen Verlaufs des *BDP* und aufgrund der uns vorliegenden Dokumente und internen Evaluierungsberichte sowie Stellungnahmen zahlreicher Verantwortlicher vor Ort (u.a. renommierte philippinische Nicht-Regierungsorganisationen) ist und bleibt das *BDP* zumindest in fünf-facher Hinsicht ein handfester Skandal:

1. Die langjährige, kostspielige Orientierungsphase hätte man sich sparen können, wären ortskundige und in der Bevölkerung verankerte Basisgruppen von Anfang an und angemessen - sprich: gleichberechtigt - in den Prozeß der

Planung, Beratung und Durchführung des Projekts eingebunden worden.

2. Die Basisbeteiligung blieb - auch fünf Jahre nach offiziellem Projektbeginn - eine Fiktion. Der größte Teil der sog. Zielbevölkerung weiß bis heute nicht, daß sie überhaupt eine ist.

3. Bezeichnend ist, daß politische Lokalfürsten und Militärs im *BDP* führende Rollen spielen, deren erklärtes Ziel es bleibt, die (Ziel-) Bevölkerung bei unbotmäßigem Verhalten zu maßregeln. Daß den bundesdeutschen Experten die Aufstandsbekämpfungs-Strategie des philippinischen Militärs (*Oplan Lambat Bitag - Operationsplan Netzfalle*) entweder unbekannt ist oder diese, sofern bekannt, von ihnen toleriert wird, widerspricht ausdrücklich dem im *BMZ* selbst geforderten Junktim zwischen der Einhaltung von Menschenrechten und Vergabe staatlicher Entwicklungshilfe.

Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger verweist in diesem Zusammenhang gern und mit Nachdruck auf jene fünf Kriterien, die klarstellen, unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung anderen Ländern Entwicklungshilfe gewährt: Achtung der Menschenrechte; Beteiligung der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozeß; Rechtsstaatlichkeit; Ausrichtung auf soziale Marktwirtschaft; Entwicklungsorientierung des jeweiligen staatlichen Handelns. Im Falle der Philippinen - insbesondere mit Blick auf Bondoc - hat die Bundesregierung Ende der 80er Jahre zudem auf die Deeskalation des militärischen Konflikts sowie auf die zügige Durchführung des Agrarreformprogramms der Regierung in Manila gedrängt. Keines dieser Kriterien ist auf Bondoc auch nur annähernd erfüllt. Was allein die Landreform betrifft, so hat der UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte noch im Mai 1995 die Ramos-Administration öffentlich gerügt: Die Landreform verlaufe derzeit schleppend, daß sich Manila im Rahmen eines Notprogramms für deren Beschleunigung einsetzen solle.

4. Die Entsendung hochdotierter westdeutscher Entwicklungshelfer (ein deutsche Experte verdient im *BDP* mehr als

das 39köpfige philippinische Team zusammen) ist angesichts der in den Philippinen selbst vorhandenen Expertise und Kompetenz partout nicht nachvollziehbar.

5. Als eine Organisation, die sich schwerpunktmäßig in den Südp Philippinen für (bürger-) kriegstraumatisierte Opfer, vorrangig Kinder, engagiert und dabei ausschließlich mit Partnern vor Ort arbeitet, empfinden wir es als besonders kritikwürdig, wenn solche Hilfsmaßnahmen im Norden des Landes durch Projekte wie das *BDP*, also mit Hilfe bundesdeutscher Steuergelder und mit dem philippinischen Militär als bisherigem Hauptnutzniederer, konterkariert werden.

Wenn Minister Spranger Ende Februar in die Philippinen reist, wird er dort möglicherweise von einem Präsidenten, Ex-General Ramos, empfangen werden, der einst zu Marcos' Kriegsrechtsverwaltern zählte und wo zehn Jahre nach dem Diktatorensturz immer unverhohlener über präsidiale Sonder- bzw. Notstandsvollmachten debattiert wird. Spätestens dann sollte man auch im *BMZ* darüber nachdenken, Machtrochaden in Manila nicht mehr länger "entwicklungspolitisch" zu stützen, wo doch den zivilen wie militärischen Eliten nationale Sicherheit und Ordnung offensichtlich mehr bedeuten denn grundlegende soziale Reformen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Landsleute.

**Rainer Werning**

*Der Autor ist Geschäftsführer der Stiftung für Kinder mit Sitz in Freiburg i.Br., die schwerpunktmäßig in den Philippinen engagiert ist.*

### Spranger lobt Verwendung deutscher Finanzhilfe

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, hat sich zum Abschluß seines Kurzbesuches in den Philippinen zufrieden über die Verwendung deutscher Entwicklungshilfemittel in den Philippinen geäußert. Außerdem zeigte sich Spranger "beeindruckt" von den Ergebnissen der Reformpolitik von Präsident Fidel Ramos. (AP 7.3.; AFP 7.3.96)